

**Interpellation SVP-Fraktion:
«Parkgebühren bei Einkaufszentren**

Die staatlich angeordnete Einführung von Parkgebühren bei Einkaufszentren schadet gemäss einer Studie dem Detailhandel. Der Umsteigeeffekt ist praktisch null und der Umsatz in den zwei untersuchten Einkaufszentren nach der Einführung der Gebühren um bis zu 17 Prozent gesunken. Damit wird ein wesentlicher Pfeiler der Anti-Einkaufszentrums-Politik des VCS erschüttert.

Die im Auftrag von «espace.mobilité» bei 1'025 Kunden durchgeführte Umfrage in den beiden Bieler Einkaufszentren Centre Boujean und Centre Brügg ergab, dass acht Monate nach der Einführung von Parkgebühren nur drei Prozent der Automobilisten auf den öffentlichen Verkehr umgestiegen sind. Gemessen am Potenzial möglicher Umsteiger beträgt der Anteil damit lediglich 0.3 Prozent. Zudem führen Parkgebühren zu einem unerwünschten Ausweichverkehr. Von den befragten Auto-Kunden hatten 57 Prozent angegeben, bei einer Erhöhung der Parkgebühren auf andere Einkaufsorte auszuweichen. Die Untersuchung widerlegt auch die bisherige Annahme, wonach sich an vergleichbaren Standorten mit restriktiven Massnahmen der so genannte Modalsplit, das heisst das Verhältnis von motorisierten Kunden zu Kunden des öffentlichen Verkehrs, verändern lässt. Durch die Einführung eines negativen monetären Anreizes wie der Parkgebühr wird an den eigentlichen Beweggründen zur Benutzung des Autos nichts verändert. «espace.mobilité», der Zusammenschluss führender Schweizer Unternehmen des Detailhandels und der Immobilienwirtschaft, fordert gestützt auf die Studie einen Verzicht auf Parkgebühren und andere aufgezwungene Restriktionsmassnahmen ohne nachweisbaren Umweltnutzen. Sie bedeuten eine inakzeptable Beschneidung der Eigentumsgarantie und der Wirtschaftsfreiheit. Sie stellen die Rentabilität von so genannten verkehrsintensiven Einrichtungen in Frage. Das Resultat sind nicht nachhaltige Investitionen, Umsatz- und Ertragseinbrüche und damit auch einen Verlust an Arbeitsplätzen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Besitzt die Regierung verlässliche Zahlen darüber, ob im Kanton St.Gallen seit der Einführung der Bewirtschaftungspflicht ein Modalsplitting stattgefunden hat?
2. Ist die Regierung bereit, eine Abkehr von der wirtschaftsschädigenden Bewirtschaftungspflicht zu unterstützen?»

19. Februar 2008

SVP-Fraktion